

39. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.03.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern**

Fragen, Wünsche oder Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

**Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 078 „Kurpfalz-Kaserne“**  
**Hier: Aufstellungsbeschluss nach § 1 Abs. 3 BauGB**  
**Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**  
**Vorlage: 1378/2023/1**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Tagesordnungspunkt wurde wegen der Anwesenheit eines SWR-Fernsehteam von ursprünglich TOP 10 mit Zustimmung des Rates nach vorne verlegt.

Die Vorsitzende verweist auf die angepasste Vorlage aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion. Zusätzlich informiert sie über die Entscheidung des Bundes, die Kaserne definitiv nicht mehr für militärische Zwecke zu belegen. Nach einer grundsätzlichen Entscheidung heute wird die weitere Vorgehensweise dann im nächsten ASBK beraten.

Herr Nolasco erläutert [anhand einer Präsentation](#) die aktuelle Planung der Stadt für das freiwerdende Gelände.

Herr Zehfuß spricht von einer sehr guten Nachricht und einem „Game-Changer“ für das letzte große Entwicklungsgebiet in der Stadt. Einem Planungsverfahren mit unnötigen Kosten bei Rückfall der Fläche an den Bund hätte die CDU nicht zustimmen können.

Herr Ableiter dagegen bedauert, dass sich die Bundeswehr gegen den Standort entscheiden hat, auf dem viel graue Energie verbaut ist. Das hätte 1.000 qualifizierte Arbeitsplätze mit der entsprechenden Wirtschaftskraft in die Stadt zurückgebracht. Sollte diese Entscheidung nicht revidiert werden, gibt es von Seiten der Freien Wähler nur Zustimmung zum südlichen Bereich. Gewerbeansiedlungen bringen immer auch LKW-Verkehr im Gepäck. Da es kaum Möglichkeiten für die Ruhezeiten der LKW-Fahrer gibt, haben die Freien Wähler im Landtag einen Vorstoß zur Schaffung eines Tankhofes auf Anregung des Speyerer Ortsverbandes eingebracht.

Frau Heller begrüßt die Entwicklung grundsätzlich und wünscht sich von der Verwaltung eine Darstellung aller ökologischen Möglichkeiten für ein Quartier der kurzen Wege. Es gibt aber noch Fragen zum sog. „Öhrchen“ im Norden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird nicht geschlossen zustimmen.

Auch Herr Oehlmann freut sich über die Entscheidung. Seitens der FDP werden arbeitsplatzintensive Gewerbeansiedlungen bevorzugt. Zudem sollte man Gespräche mit der Landwirtschaft vor Ort wegen weiterer Flächen führen.

Die SPD sieht laut Herrn Brandenburger neuen Schwung für altes Thema; die Arbeitsgruppe dazu datiert ja aus 2012. Seit September 2012 liegen die Pläne auf dem Tisch. Die von der BIMA verursachte Hängepartie findet damit ein Ende. Auch er spricht sich für eine Planung der kurzen Wege aus.

Herr Popescu erfährt gute Nachrichten für die Stadt. Punkt 4 der heutigen Beschlussempfehlung kam erst durch das Mitglied der Linken im ASBK in die Vorlage. Dort ist es möglich, ein sinnvolles urbanes Gebiet zu entwickeln, anders als im I-Hof. Ziel ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Die SWG hat sich laut Frau Dr. Mang-Schäfer sehr darüber gefreut, dass das Projekt endlich konkreter werden kann. Dies sichert Arbeitsplätze und schafft vielleicht noch mehr. Man ist gespannt auf die Vorschläge der Stadt und erwartet, dass alle Schlagworte aus der Stadtplanung eingebracht werden.

So erfreut Herr Wagner über die Entscheidung der BIMA ist, umso weniger gilt das für den Vorschlag eines Tankhofes, der offenbar aus Speyer kommt. Der Rasthof Schwegenheim hat 120 LKW-Parkplätze, so etwas sollte man auf keinen Fall nach Speyer-Nord holen wollen. Die Vorsitzende unterstreicht, dass man keine Logistik-Betriebe ansiedeln möchte, dazu gehöre auch ein Rasthof

Frau Keller-Mehlem dankt für das vorausschauende Engagement des Fachbereichs Bauwesen. Sie sieht eine Entwicklungsperspektive für die Stadt mit Wohnen und Arbeiten im Quartier, wie das schon in der LAGA-Planung angedacht war. Auch viele ältere Menschen leben im Stadtteil Nord, daher seien auch Pflegeangebote notwendig. Hoffnungen setzt sie auch auf die interkommunale Entwicklung zusammen mit Otterstadt.

Herr Ziesling dagegen erkennt nicht unbedingt die gute Nachricht aus den Neuigkeiten, angesichts der Klimakatastrophe. Das Umland der Kaserne sei mehr als genug strapaziert. Deshalb sieht er einen Entsiegelungsbedarf und mehr Offenlandgestaltung. Die vorgelegte Planung der Verwaltung sei eine Salamtaktik zur Opferung von Freiflächen.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (Bei 3 Gegenstimmen: B90/Grüne und 1 Enthaltung: Faust – Linke):

1. Der Rat der Stadt Speyer beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 078 „Kurpfalz-Kaserne“ als qualifizierten Bebauungsplan im Regelverfahren. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren geändert (siehe Vorlage Nr. 0191/2019 und 0802/2021).

Die Abgrenzung des Plangebietes ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan.

Mit dem Bebauungsplan Nr. 078 „Kurpfalz-Kaserne“ wird der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 003 „Am Sandhügel - 1. Änderung“ im entsprechenden Teilbereich ersetzt. Für den Bereich der Kasernenfläche und der Stadteingangsfläche wird erstmals ein Bebauungsplan aufgestellt.

2. Ziel des Bebauungsplanes ist es, einen Großteil der ehemaligen Kaserne wie auch die im Norden befindliche Freifläche im Sinne einer geordneten städtebaulichen Entwicklung umzunutzen und durch die Schaffung einer entsprechenden planungsrechtlichen Grundlage den im nachfolgenden Entwicklungskonzept vorgesehenen Nutzungen zuzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf Grundlage des vorliegenden Nutzungskonzeptes durchzuführen und anschließend einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten.
4. Es werden lediglich Aufgaben durchgeführt, die die Verwaltung selbst erbringen kann. Lediglich eine juristische Beauftragung soll bei einem sich abzeichnenden Bedarf mit diesem Beschluss an externe Dienstleister vergeben werden. Für weitere Vergaben ist ein neuer Beschluss notwendig.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die Wertermittlung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) abzuschließen.

**Gegenstand: LKW-Parkverbot in der Butenschönstraße;  
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 30.01.2023  
Vorlage: 1392/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Begründung führt Frau Queisser aus, dass sich in diesem Bereich Schulen, Bibliotheken und Krankenhäuser befinden und durch andere Verkehrsaufgaben ein verstärktes LKW-Parken rund um Judomaxx und Kinderzirkus Bellissima zu beobachten ist, das auch zu Behinderungen des Busverkehrs führt.

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann führt aus, dass die Umsetzung des LKW-Halteverbots in der Butenschönstraße noch aussteht. Die verkehrsbehördliche Anordnung ist zwar bereits erfolgt, die Markierungen stehen aber noch aus. Dies soll noch im I. Halbjahr erfolgen.

Frau Queisser erklärt, in diesem Fall zieht die SPD den Antrag zurück. Frau Münch-Weinmann kündigt an, über die Umsetzung im Verkehrsausschuss zu berichten.

**Gegenstand: Das Konzept der Schwammstadt;  
Antrag der Stadtratsfraktion Unabhängig - für Speyer vom 10.02.2023  
Vorlage: 1389/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Begründung erfolgt durch Frau Dr. Montero Muth. Der Antrag soll einen Beitrag zum Klimawandel leisten. Bis 2050 sind in Speyer Temperaturen bis 45 Grad prognostiziert. Eine Solaranlage mit Dachbegrünung arbeitet effektiver als reine PV-Anlage. Die Temperatur beträgt dabei kaum über 35 Grad. Die großen Anbieter haben sich dieser Entwicklung schon angepasst und serienreife Produkte auf den Markt gebracht.

Die Vorsitzende teilt für die Verwaltung mit, dass Bewerbungen, z.B. für das Programm KIPKI, bereits erfolgt sind. Die Sondersitzung des Rates zum Klimakonzept am 30.03. bzw. die Sondersitzung des Haupt- und Stiftungsausschuss zur städt. Gebäudewirtschaft würden sich zur Verdeutlichung der bereits bestehenden Dächer und Planungen anbieten. Gleichzeitig könnte eine Berichterstattung über den „digitalen Zwilling“ erfolgen.

Der Schwerpunkt des UfS-Antrages liegt laut Frau Dr. Montero Muth in der Kombination aus Begrünung UND Solaranlage. Dazu möchte sie wissen, ob und wie viele dieser Anlagen es schon gibt, was die Verwaltung nicht ad hoc beantworten kann. Frau Dr. Montero Muth möchte die Kombination heute beschlossen haben, dort wo es möglich ist. Sie nennt das Beispiel Schweiz als Vorreiter in der Sache.

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) erläutert, dass man dies in B-Plänen bei Neubauten vorschreiben kann. Bei der KiTa am Kastanienweg und der Feuerwache Nord wird das bereits umgesetzt. Bei Sanierungen von Bestandsgebäuden ist es wegen Statik allerdings schwierig, weil viele Gebäude die Last einfach nicht tragen können und eine Anpassung wirtschaftlich nur schwer darstellbar wäre.

Die Vorsitzende möchte prüfen, in welcher Sitzung das Thema besser passt. Bei Neubauten sollte man grundsätzlich mit Gründach und Solaranlage planen. Wobei Herr Stickl unterstreicht, dies könne nur für städtische Gebäude verpflichtend sein, nicht für Private

Die Forderung bei Neubauten der Stadt wäre für die FDP mittragbar, so Herr Oehlmann, warum aber die GEWO als eigenständiges, gewerbliches Unternehmen mitbelasten? Die GEWO ist ein zu 100 % städtisches Unternehmen, so die Vorsitzende.

Aus Sicht von Herrn Dr. Wilke ist manches schon oft zur Sprache gekommen. In der Forderung nach Doppelnutzung sieht er bauliche Schwierigkeiten. Daher könnte die CDU den Antrag so nicht mittragen, weil technisches Know-How fehlt.

Für Frau Dr. Mang-Schäfer ist das eher ein Thema für den GEWO-Aufsichtsrat als für den Stadtrat. Manche Dächer sind völlig ungeeignet für diesen Zweck. Daher will die SWG den Antrag nicht voll unterstützen, weil vieles ja auch schon über die Begrünungssatzung geregelt sei.

Herr Ableiter verspürt einen Hauch von Missgunst bei den Vorrednern. Er sieht eher einen Status des Klimakomas bei der Stadt, davon ausdrücklich ausgenommen sind SWS, GEWO und GBS. Man möge doch genauer zuhören, es werde gefordert, „wenn möglich“. Und man rede von richtigen Gründächern, nicht nur von einer dünnen Sukkulentschicht.

Laut Herrn Popescu dient der OB-Vorschlag als modus operandi, wie er auch von den Linken präferiert wird. Die Pflicht zur PV-Anlage sollte bei allen neuen Gewerbeansiedlungen herrschen. Er sieht darin auch eine Verpflichtung für die Stadtverwaltung und fordert ebenfalls eine Bestandsabfrage.

Frau Heller wünscht sich eine Rückversicherung der Umsetzung für die verschiedenen Neubauprojekte. Ein Beschluss heute bekräftigt die bereits gefasste Beschlusslage.

Die Vorsitzende sagt eine Prüfung zu, ob der Antrag in der Sondersitzung Klimastrategie im Stadtrat oder der Sondersitzung Gebäudewirtschaft im Haupt- und Stiftungsausschuss behandelt wird; Es könnte auch Thema in den Aufsichtsratssitzungen von GEWO und SWS sein. Sie formuliert eine entsprechend abgewandelte Beschlussempfehlung.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: Dr. Mang-Schäfer – SWG und 1 Enthaltung: Rehberger – SWG):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Dachbegrünungen in Kombination mit PV-Anlagen auf allen neu zu errichtenden öffentlichen Gebäuden (Schulgebäuden etc.) sowie auf neu zu errichtenden Gebäuden der städtischen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GEWO) sowie der SWS GmbH zu installieren, soweit dies baulich möglich ist.

Die Verwaltung stellt für die Ratssitzung am 30.03.2023 (Klimaschutz) oder für die Sitzung des Haupt- und Stiftungsausschusses am 20.04.2023 (Gebäudemanagement) eine Liste der bereits umgesetzten Maßnahmen zusammen.

**Gegenstand: Müllsammelcontainer;**  
**Antrag der Stadtratsfraktion Unabhängig - für Speyer vom 10.02.2023**  
**Vorlage: 1390/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Begründung erkennt Frau Montero Muth noch viel Entwicklungspotenzial auf diesem Gebiet. Viele Elektro-Kleingeräte landen nach wie vor im Hausmüll. Daher sollte in Kombination mit den Glassammelcontainern eine „Wertstoffinsel“ angeboten werden, zunächst als Projekt. In Frankreich und Spanien sind solche Punkte schon im Einsatz. Herr Hofmann (Umweltpate) sammelt jede Woche 70 kg Müll in einem bestimmten Bereich. Man sollte hier neue Wege gehen, die auch Berufstätigen eine Entsorgungsmöglichkeit bieten.

Herr Dr. Lorenz sieht den Antrag für die Grünen kritisch. Der Abfallwirtschaftshof (AWH) der EBS bietet bereits hinreichende Leistungen der Stadt. Er sieht die Regelungen in Speyer als gut an. Auch die Vorsitzende sieht die Rahmenbedingungen grundsätzlich positiv. Im Werkausschuss kann man aber über Optimierungen sprechen. Sie empfiehlt daher eine Verweisung in den Fachausschuss.

Frau Münch-Weinmann dankt zunächst den vielen Umweltpaten in Speyer für ihren Einsatz. Der beste Abfall ist der, der erst gar nicht besteht. Die Idee hört sich gut an, ist aber nicht so einfach umzusetzen. Ein zusätzliches, kostenfreies Angebot der Abfallentsorgung widerspricht dem Verursacherprinzip. Eine gute Alternative für defekte Elektrogeräte sieht sie im Repair-Café.

Auch Herr Popescu spricht sich für eine Verweisung in den Werkausschuss aus. Solche Sammelcontainer verursachen auch Kosten für die Abholung. Wer seine Geräte abgeben will, tut das in aller Regel auch jetzt schon. Und die anderen erreicht man darüber vermutlich nicht. Er wirft die Frage nach dem Standort auf.

Das System hat sich laut Herrn Ableiter in F/ES gut bewährt. Auch er verweist nochmals auf die Vorteile. Damit würden weniger Elektro-Kleingeräte im Restmüll landen. Die Lage sei nicht gut in Speyer und man dürfe das Problem nicht auf die Ehrenamtlichen abwälzen. Frau Münch-Weinmann unterstreicht, die Umweltpaten würden nicht alleine gelassen, es gebe ein gutes Miteinander.

Nach Auffassung von Herrn Oehlmann gibt es schon gute Angebote, an der einen oder anderen Stelle kann es aber noch Optimierungsbedarf geben. Darüber sollte man im Werkausschuss sprechen, auch was freie Öffnungszeiten am AWH angeht, insbesondere am Wochenende.

Die SWG hat laut Frau Dr. Mang-Schäfer vor Jahren bereits etwas Ähnliches beantragt, was damals aber angelehnt wurde. Sie befürwortet ebenfalls eine Beratung im Werkausschuss. Der terminfreie Donnerstag hat schon etwas gebracht, es gebe aber noch Verbesserungspotenzial.

Der Antrag ist nach Herrn Rottmann im Ansatz gut, der Teufel steckt aber im Detail. Auf keinen Fall darf es ein solches Angebot für gebührenpflichtige Abfälle geben. Für Batterien und Kleingeräte gibt es an sich schon die Rücknahmepflicht des Handels. Solche Sammelpunkte ziehen immer auch Mülltourismus an. Daher sei auch der AWH ein denkbar schlechter Standort, weil nicht überwacht. Die Aufstellung der Grüncontainer hingegen ist aus Sicht der CDU eine gute Sache. Er empfiehlt, im Werkausschuss nochmals darüber zu sprechen.

Detailfragen sollten laut Herrn Brandenburger im Ausschuss besprochen werden. Wenn man im Ratsinfo recherchiert, wird man auf ein umfangreiches Angebot in der Stadt stoßen. Es gilt, die Gebührenstabilität zu erhalten.

Die Vorsitzende schlägt nochmals eine Verweisung in den Werkausschuss vor. Frau Dr. Montero Muth insistiert, dieser Punkt gehe alle etwas an, nicht nur den Werkausschuss. Man dürfe die Idee der Wertstoffinsel nicht beiseitelegen, vor allem dann, wenn die Glassammelpunkte kommen. Zumindest an einer Stelle sollte man das ausprobieren.

Der Stadtrat stimmt einer Verweisung in den Werkausschuss einmütig zu. Dabei soll auch über den aktuellen Stand berichtet und Optimierungsmöglichkeiten besprochen werden.



**Gegenstand: Konzept zu weiteren Plätzen der Kinderrechte;  
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 21.02.2023  
Vorlage: 1394/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Begründung erfolgt durch Frau Queisser. Sie nimmt Bezug auf den Grundsatzbeschluss des Stadtrates. Im November 2022 wurde der Platz der Stadt Ravenna benannt, im März kommt die „Grüne Mitte“. Entsprechend fällt dieser Punkt des Antrages dazu fällt natürlich weg. Die SPD möchte wissen, wie es insgesamt weitergeht.

Frau BM Kabs erläutert, dass im nächsten JHA darüber gesprochen werden soll. 2 große Plätze wurden im Austausch mit dem Kinderschutzbund (KSB) ausgewählt. Dort sollen auch Thementafeln entstehen. Zu den Kinderrechten gehört nach ihrer Auffassung auch das Recht auf Bildung in den Schulen. Am Weltkindertag (20. September) ist eine Reihe von Projekten der Stadt geplant.

Frau Keller-Mehlem begrüßt den Antrag und sieht in den Plätzen für Kinderrechte auch eine Verpflichtung, die nicht nur mit Einzelprojekten gezeigt werden soll. Der KSB übernimmt die Patenschaft für Maßnahmen zum Weltkindertag.

Herr Oehlmann vertritt die Auffassung, man müsse den Platz sichtbar machen, ihn aber auch bespielen. Viele verschiedene Plätze auszuweisen, sei dafür nicht dienlich. Daher wird die FDP den Antrag in der Form nicht unterstützen.

Herr Dr. Wilke spricht von einem guten Gedanken, der aber breitere Verankerung braucht. Neben dem Vogelgesang und Q+H besteht für die CDU unbedingt auch in SP-Nord ein Bedarf für einen solchen Platz im Umfeld der integrativen KiTa Pustelblume. Aus den Ausführungen der Bürgermeisterin erkennt er einen guten Gang der Dinge. Der Antrag hat verstärkende Funktion.

Nach Auffassung von Frau Dr. Mang-Schäfer sollten die im Antrag gestellten Fragen beantwortet werden. Warum allerdings für die Plätze in den Stadtteilen ein Konzept gebraucht wird, kann sie nicht nachvollziehen, Dies sei kein Thema für den Stadtrat.

Die Initiative basiert laut Herrn Ableiter auf einer Konzeption der UNO, welche Umsetzung braucht. Deshalb sollte man die Maßnahmen auf einen breiteren Kreis ausdehnen.

Aus Sicht von Frau Heller reicht es nicht aus, Schilder aufzustellen. Es bedarf auch konkreter Maßnahmen, z.B. auch für Bildung und kindgerechte Mobilität. Sie begrüßt daher den Antrag und freut sich auf die Beratungen im JHA.

## **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: WG Schneider, und 3 Enthaltungen: FDP, Dr. Mang-Schäfer – SWG):

Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderschutzbund im nächsten Jugendhilfeausschuss ein Konzept vorzulegen,

- welches eine Vorschlagsliste der einzelnen Stadtteile und die Einweihung weiterer Plätze beinhalten soll.
- Wie sollen die Konzepte aussehen, um mit Aktionen und Aufklärung Kinderrechte in unserer Gesellschaft zu verankern?
- Sollen Kinder/Jugendliche in den Stadtteilen mit beteiligt werden? Wenn ja, wie?

**Gegenstand: Haus Maximilianstraße 99;  
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 24.02.2023  
Vorlage: 1396/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Einleitend verweist Herr Dr. Wilke darauf, dass das wegen seiner Geschichte sog. „Braune Haus“ eine Belebung durch das kulturelle Leben in der Stadt erfahren hat, was es doch früher schon einmal Verwaltungsgebäude für die EBS. Es wäre schade, wenn es wieder in eine Verwaltungsnutzung zurückfallen würde. Die darin befindliche Gedenkstätte für Sophie la Roche bräuchte ebenfalls eine Auffrischung.

Sollte es keine Nachvermietung durch ein kulturelles Unternehmen geben, könnte die Ausstellung „Weltbühne Speyer“ vom Historischen Museum übernommen und mit dem Gedenken an Sophie la Roche kombiniert werden.

Die Vorsitzende widerspricht zunächst der Behauptung, es fände eine „Räumung“ statt. Der bisherige Mietvertrag mit dem Antiquariat läuft regulär aus. Er endet im Mai 2023 auf Wunsch der Betreiberin. Die Verwaltung hat den Ratsbeschluss zur Nutzung von 1A-Lagen auf der Seite der Fußgängerzone durchaus auf dem Schirm. Die Antiquariatsräume liegen aber auf der Rückseite des Gebäudes. Es besteht dringender Bedarf an einer barrierefreien Zutrittsmöglichkeit für einen Mitarbeiter der EDV-Abteilung mit starker Gehbehinderung. Derzeit ist die Abteilung interimweise im Stiftungs Krankenhaus barrierefrei untergebracht. Sollte dieses Gebäude aber einer anderen Nutzung zugeführt werden, brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IT eine räumliche Perspektive.

Während dieser Zeit wäre eine Nutzung für die Ausstellung denkbar, bis eine Entscheidung über das Stiftungs Krankenhaus fällt. Dazu bedarf es der Unterstützung durch die Immobilienabteilung und den Kulturbereich. Sehr wichtig sei auch die soziale Kontrolle und der Schutz gegen Diebstahl und Vandalismus, nachdem aus dem Sophie la Roche-Raum bereits das Gästebuch entwendet wurde. Sie sieht die Anfrage als Prüfauftrag an die Verwaltung.

Derzeit finden Bauarbeiten im Haus statt (Fenster austausch). Die Gedenkstätte ist daher geschlossen.

Herr Dr. Wilke dankt für die differenzierte Antwort. Es sieht in dem Gebäude ein „quicklebendes Kulturzentrum“ im Herzen der Stadt. Vielleicht könnte man auch eine Pop-Up-Nutzung prüfen.

**Gegenstand: Feuerbachpark - barrierefreien Zugang und Neugestaltung;  
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 26.02.2023  
Vorlage: 1397/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

In der Begründung spricht Herr Brandenburger von einem besonderen Kleinod, das viele Spielmöglichkeiten und Grünflächen bietet, aber außer einem Zugang nicht barrierefrei begehbar ist. Vielleicht bietet auch der Rahmen von Soziale Stadt Speyer-Süd da finanzielle Möglichkeiten.

Die Verwaltung steht laut Frau BM Kabs dem Antrag offen gegenüber und hat den Park bisher nicht unter diesem Aspekt betrachtet. Die ganze Anlage könnte insgesamt eine Auffrischung vertragen.

Herr Czerny wendet sich dagegen, noch ein neues Fass aufzumachen. Die Realisierung barrierefreier Bewegungszugänge an anderer Stelle sei wichtiger, bevor man eine neue Baustelle öffnet.

Herr Ableiter sieht einen ungeheuren Nachholbedarf der Stadt Speyer in Sachen Barrierefreiheit und er vernimmt schon wieder einen missgünstigen Beitrag zu einem guten Antrag.

Die Idee des barrierefreien Zugangs ist laut Frau Dr. Mang-Schäfer grundsätzlich wichtig. Wenn die SPD mit der Prüfung einer solchen Maßnahme einverstanden wäre, könnte die SWG zustimmen. Der bisherige Zugang von der Diakonissenstraße hat seinen Grund im Bodenniveau; eine Rampe von der anderen Seite her wäre sehr lang. Die Modernisierung des Spielplatzes ist ein anderes Thema.

Frau Heller gibt zu bedenken, dass Radfahrende den Park dann als Abkürzung nutzen könnten und womöglich eine Gefährdung für andere darstellen könnten. Sie schließt sich argumentativ der SWG an. Die Grünen befürworten auch Stadtteilstädte oder gemeinsames Gärtnern im Park.

Seitens der FDP äußert Herr Oehlmann, man finde es gut, Möglichkeiten des barrierefreien Zugangs zu prüfen.

Herr Brandenburger unterstreicht für die antragstellende Fraktion, man solle nicht prüfen, sondern für eine rasche Umsetzung sorgen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 4 Enthaltungen: SWG, Jaberg – Grüne):

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Feuerbachpark auf der Seite Richtung Ludwigstraße einen zweiten barrierefreien Zugang anzulegen.

Weiterhin soll geprüft werden, auch die Spielgeräte und Bänke sowie die Infrastruktur wie Mülleimer zu ertüchtigen bzw. zu erneuern. Die angestammten Standorte sollen dabei möglichst beibehalten werden. Zu prüfen ist auch, ob eine Förderung im Rahmen der Soziale Stadt Speyer-Süd möglich wäre.

**Gegenstand: Umsetzung des Kulturpasses und der Zusammenarbeit mit dem Kulturparkett Rhein-Neckar e.V.;**  
**Anfrage der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SWG vom 27.02.2023**  
**Vorlage: 1402/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Seitens der CDU wird mündliche Beantwortung gewünscht. In der Begründung führt Herr Hoffmann aus, dass man eine Evaluierung der bisher gefassten Ratsbeschlüsse haben möchte.

Frau BM Kabs beantwortet die Anfrage wie folgt:

**zu Frage 1) *Wie viele Kulturpässe wurden seit der Einführung 2019 ausgestellt?***

Bis heute wurden rund 200 Kulturpässe in Speyer ausgestellt

Kurz nach Einführung des Kulturpasses in Speyer, kam die Corona-Pandemie, in den Jahren 2020 und 2021 war das Kulturleben, und damit auch die Arbeit des Kulturparketts, stark eingeschränkt. Seit Aufhebung der Corona-Maßnahmen zeigt sich ein positiver Trend. In diesem, noch sehr jungen Jahr wurden bereits 25 Kulturpässe (Stand 28.2.2023) in Speyer ausgestellt.

**zu Frage 2) *Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, um den Kulturpass bei den berechtigten Personen noch stärker bekannt zu machen, beispielsweise in Zusammenarbeit mit „Multiplikatoren“ wie den Verbänden der Wohlfahrtspflege, der Gemeindegewerkschaft Plus, dem Seniorenbüro und durch Aushänge an den Kulturstätten?***

Für das Jahr 2023 hat sich das Kulturparkett vorgenommen, Maßnahmen zu ergreifen um die Bekanntheit des Kulturpasses zu erhöhen, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Speyer, dem Fachbereich 4 und der Lokalpresse soll die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut werden. Auf die hier angeführten Multiplikatoren (Seniorenbüros, Wohlfahrtspflege, Gemeindegewerkschaft Plus, u.a.) wird das Kulturparkett in den kommenden Wochen zugehen. Aktuelle Flyer und Plakate liegen bereit, und auch die Möglichkeit einer persönlichen Vorstellung des Kulturpasses in den Einrichtungen sowie der mobilen Sprechstunde bestehen. Auch die Einführung (Anfang 2023) des, an anderen Orten bereits erfolgreich erprobte, niederschwellige Teilhabe-Formats "Shared Reading" in Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendtheater und der Stadtbibliothek Speyer soll zur weiteren Bekanntmachung des Kulturpasses und zur Stärkung der kulturellen Teilhabe in Speyer beitragen:  
<https://kulturparkett-rhein-neckar.de/events/shared-reading-in-speyer>.

**zu Frage 3) *Wie stark wird das Angebot der Teilnahme an den Veranstaltungen mit dem Kulturpass in Anspruch genommen, wie viele kostenfreie Besuche konnten bislang ermöglicht werden?***

Zur quantitativen Nutzung des Angebots führt das Kulturparkett Rhein-Neckar keine genaue Statistik. Das Interesse der Kulturparkett-Gäste an den Kulturangeboten in Speyer ist relativ gleich verteilt auf die verschiedenen Veranstalter. Ein neues Highlight, das oft nachgefragt wird, auch von Gästen aus anderen Städten, ist die Kooperation mit dem Historischen Museum Speyer, das nun freien Eintritt mit Kulturpass in die Sonderausstellungen und in die Sammlung gewährt.

**zu Frage 4) Laut der Homepage des Kulturparketts nehmen in Speyer 12 Veranstalter an diesem Projekt teil (<https://kulturparkett-rhein-neckar.de/kulturpass/kulturpass-in-speyer>). Sieht die Stadt die Möglichkeit, noch weitere Veranstalter in Speyer für das Projekt zu gewinnen?**

Bei den 12 Veranstalter\*innen ist auch die Stadt Speyer mit ihren verschiedenen Abteilungen und vielen verschiedenen Veranstaltungsreihen dabei. Insgesamt besteht aus unserer Sicht durch die aktuellen Kooperationen ein attraktives und breit gefächertes Kulturangebot für Kulturparkett-Gäste in Speyer. Interessant für Kulturparkett-Gäste sind von Zeit zu Zeit auch Kulturveranstaltungen von privaten Kulturanbietern, hier bemüht sich das Kulturparkett durch Ansprache mit externen Veranstaltern, die Wünsche unserer Gäste zu erfüllen, manchmal mit, manchmal ohne Erfolg.

**zu Frage 5) Bei der Einführung wurde die diskriminierungsfreie Nutzung des Angebots angemahnt. Wurden hierzu bislang Bedenken oder Beschwerden von betroffenen Personen an die Stadt herangetragen?**

Hierzu wurden bislang keine Bedenken oder Beschwerden an das Kulturparkett herangetragen. Im Gegenteil, der Kulturpass wird als ein positiver Impuls wahrgenommen, die Menschen fühlen sich willkommen in den Einrichtungen. Der Einlass für Menschen mit Kulturpass an den Abendkassen ist unkompliziert, in den meisten Fällen reicht die Nennung des Namens an der Abendkasse. Insgesamt lässt sich sagen, der Kulturpass stärkt das gesellschaftliche Zugehörigkeitsgefühl der Menschen und ermutigt zur Teilhabe am reichhaltigen Kulturleben in Speyer.

Frau BM Kabs unterstreicht auch die Zusammenarbeit von Kulturparkett mit FB 4 und dem Jobcenter.

Herr Dr. Nowack (Fachbereichsleitung 3) ergänzt, dass man eine sehr positive Entwicklung beobachte. Fremdveranstalter in der Stadthalle haben allerdings eher wenig Ambitionen zur Teilnahme. Bei lokalen Anbietern aber besteht durchaus großes Interesse.

**Gegenstand: Aufhebung der Satzung über die Erhebung der Wettbürosteuer  
(Wettbürosteuersatzung)**  
**Vorlage: 1388/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Aufhebung der Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Speyer (Wettbürosteuersatzung) vom 25.05.2022.

**Satzung zur Aufhebung der Satzung  
über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Speyer  
(Wettbürosteuersatzung)**

Auf der Grundlage des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S 153 – BS 2020 – 1 -, zuletzt geändert durch Artikel 1 und 4 des Gesetzes vom 17.12.2020 (GVBl. S. 728), und der §§ 1, 2 und 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für Rheinland-Pfalz vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175) – BS 610 – 10 –, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.05.2020 (GVBl. S. 158), hat der Stadtrat der Stadt Speyer in seiner Sitzung vom 09.02.2023 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1 Aufhebung der Satzung**

Die Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Speyer (Wettbürosteuersatzung) vom 25.05.2022 wird aufgehoben.

**§ 2 Inkrafttreten der Satzung**

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2022 in Kraft.

**Gegenstand: Umgestaltung des ehemaligen Stiftungskrankenhauses**  
**hier: Information zum geplanten Beteiligungsprozess**  
**Vorlage: 1379/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Aus Sicht der Vorsitzenden ist das ehemalige Stiftungs Krankenhaus neben der Kurpfalz-kaserne und dem Industriebhof eines der Entwicklungsprojekte zusammen mit der Stadtgesellschaft.

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) erläutert [anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beigelegt ist, welche Beteiligungsschritte die Verwaltung in diesem Zusammenhang plant.

Herr Ableiter warnt davor, Begehrlichkeiten zu wecken. Das Gebäude sei zwar groß, aber nicht unbegrenzt. Unter Beachtung der geriatrischen Entwicklung sollte man das Objekt in erster Linie für altersgerechtes Wohnen und die Tagespflege nutzen.



**Gegenstand: Barrierefreier Ausbau von 11 Bushaltestellen im Stadtgebiet**  
**Vorlage: 1380/2023/1**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage und die Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion. Immerhin gilt die Gesetzesänderung bereits seit 2013.

Frau Dr. Mang-Schäfer begrüßt, dass es vorangeht, möchte aber wissen, wo die Stadt derzeit steht, wie viele vorhanden sind und wie viele noch umgerüstet werden müssen.

Laut Herrn Nolasco (Fachbereichsleitung 5) gibt es aktuell 188 Bushaltestellen im Stadtgebiet, davon sind 17 bisher ausgebaut. Der neue Fahrplan wird bis zu 21 neue Haltestellen mit sich bringen. [Anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beigelegt ist, werden die 7 Haltestellen-Standorte dargestellt. Vorrang habe in jedem Fall die Qualität der Haltestellen, nicht deren Menge.

Frau Trageser-Glaser sieht darin ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen auch für Eltern mit Kindern oder Ältere. Das Erlich-Gebiet ist der Stadtteil mit dem höchsten Altersdurchschnitt. Von den gezeigten Haltestellen werden nur wenige intensiv genutzt. Wichtiger wäre aus ihrer Sicht der Berliner Platz und die Achse Schumacher-/Heuß-Straße; dort sollten vorrangig Haltestellen ausgebaut werden. Außerdem sollte auf der Webseite grafisch ergänzt werden, wo man barrierefreie Haltestellen finden kann. Dazu bedarf es laut Vorsitzender jedes Mal Fördermittelanträge beim LBM. Auch der Zentrale Busbahnhof wurde leider nicht barrierefrei errichtet, obwohl er noch gar nicht so alt ist

In Anlehnung an die vorherige Beratung regt Frau Dr. Montero Muth eine Dachbegrünung an, wo dies möglich ist.

Die Planung für die barrierefreien Standorte sollte aus Sicht von Frau Hofmann in allen Stadtteilen gleichmäßig erfolgen; ein Plan mit barrierefreien Zustiegsmöglichkeiten soll dem Protokoll beigelegt werden.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig den barrierefreien Ausbau von 11 Bushaltestellen entsprechend der Planung der Tiefbauabteilung.

**Gegenstand: Stellplätze Am Sandhügel/Im Gärtel**  
**Vorlage: 1381/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Popescu weist darauf hin, dass die Änderung der Versickerungssteine aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion nicht in der Vorlage zu finden seien. Dies wird laut Verwaltung noch angepasst.

Für Frau Dr. Mang-Schäfer ist zwar der Bedarf dieser Einrichtung aber nicht die Kostenübernahme durch die Stadt unbedingt nachvollziehbar, dient sie doch dazu, lediglich für Anwohner Parkflächen zu schaffen.

Anhand einer Plandarstellung wird seitens der Verwaltung der Bereich visualisiert. Es soll grundsätzlich kein Verkauf von Flächen stattfinden und seien sie noch so klein. Dazu kommt ein enormer Druck des Parkplatzbedarfs in dem Wohngebiet. Bei der Ursprungs-Planung handelte es sich praktisch um einen Vorläufer der autofreien Wohngesellschaften, bestehend aus viel Wohnraum, aber wenig Straßenfläche. Wenn die Stadt die Flächen im Eigentum behält, kann auch verhindert werden, Dauerstellplätze entstehen zu lassen.

Herr Ableiter verdeutlicht aus der Luftbildaufnahme mit den EFH südlich der Straße die enorme Wohnraumausnutzung im Vergleich zu normaler Wohnbebauung. Es handelt sich hierbei sicherlich um das effektivste Wohngebiet in der Stadt.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die bisher nur geschotterten Teilflächen mittels versickerungsfähigem Pflaster zu befestigen.

**Gegenstand: Nachrüstung eines örtlich zu Speyer passenden Symbols für Fußgänger an Ampelanlagen**  
**Vorlage: 1382/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Scheid als Mitglied des Verkehrsvereins zeigt sich sehr erfreut über die Verwendung des „Brezelbu“ aus der Brezelfastwerbung. Gegen die Kritik über Haare und Brezel in einzelnen Presseberichten verteidigt er die Darstellung, die tatsächlich dem Originalentwurf von 1965 entspricht. Dass bei den Standorten der Postplatz fehlt, könnte an dem bevorstehenden Verkehrsversuch liegen. Der Verkehrsverein würde sich noch zwei weitere 2 Anlagen wünschen, nämlich die Ampel Karl-Leiling-Allee/Industriestraße und Industriestraße/Technik-Museum. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Herr Oehlmann, der selbst 10 Jahre mit der Organisation des Umzuges befasst war, dankt der SWG für den Antrag. Er würde sich später an jeder Ampelanlage bei der Einfahrt in die Stadt eine solche Symbolampel wünschen.

Frau Dr. Mang-Schäfer fragt nach, ob finanzielle Unterstützung durch einen Spendenaufruf möglich wäre. Dies wird von der Vorsitzenden ausdrücklich begrüßt.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beauftragt die Tiefbauabteilung mit der Änderung der Fußgängersymbole an Ampelanlagen ausgewählter Standorte mit dem in der Vorlage visualisierten, für Speyer typischen Symbol.

Die vom Verkehrsverein Speyer zusätzlich vorgeschlagenen Standorte werden geprüft.

**Gegenstand: Umstellung Erfassung von Behälterglas vom Holsystem  
(haushaltnahe Sacksammlung von Mischglas) auf ein Bringsystem  
(farbgetrennte Sammlung in Depotcontainern)  
Vorlage: 1368/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann berichtet über die Beratungen im Werkausschuss. Die Detailplanung steht noch an. Außerdem werden Kostenverhandlungen mit dem Dualen System wegen höherer kommunaler Anteile für das erste Jahr geführt, daher die Beschlussempfehlung mit Kostenvorbehalt. Nicht zu vernachlässigen sei der Aspekt der höheren Arbeitssicherheit für die Müllwerker.

Herr Czerny erinnert ebenfalls an den Austausch der Argumente im Werkausschuss. In Speyer bestehe Nachholbedarf, da die Sacksammlung veraltet ist. Farbtreue Container sind seitens der Grünen als ökologisch positiv zu bewerten. Es werde auch weniger LKW-Verkehr geben.

Die Gründe dahinter sind für Frau Dr. Mang-Schäfer nachvollziehbar. Allerdings sei die Standortfrage für die SWG noch unklar. In der Vorlage werden lediglich 3 Supermarktstandorte genannt.

Aus Sicht von Herrn Brandenburger ist die Glasabholung in Säcken inzwischen eine Besonderheit im Bundesgebiet. Der Vorschlag sei eine sinnvolle Lösung. Die SPD erwartet aber laufende Berichterstattung durch die Verwaltung.

Herr Schneider möchte aber auch negative Aspekte herausgreifen. Die erhoffte Sortenreinheit wird wegen Fehlwürfen nicht gelingen. Außerdem befürchtet er eine Vermüllung des Umfeldes aus eigener Beobachtung bei Kleidercontainern. Kritisch gesehen wird auch der Platzbedarf für die 40-60 Container-Stellplätze.

Frau Münch-Weinmann berichtet von einer 90% Sortenreinheit aus der Erfahrung anderer Kommunen. Sicherlich gibt es einen höheren Verwaltungsaufwand in der Einführungsphase.

Notwendig sind laut Herrn Wölle (SWS GmbH) ca. 50 Standorte im Stadtgebiet verteilt, bevorzugt nahe an Einkaufsmöglichkeiten (wegen Rücktransport Glas). Aldi und Kaufland haben bereits zugestimmt, allerdings gibt es keine Verpflichtung für die Einkaufsmärkte. Andere Standorte können Sportstätten, Gastronomie, große Arbeitgeber oder auch die GEWO für ihre Wohnquartiere sein. Gewünscht sind möglichst kurze Wege. Für den Betreuungsaufwand der EBS wird ein Nebenentgelt der Dualen Systeme von rund 50.000 € gezahlt, für das erste Jahr wird eine höhere Erstattung für den Mehraufwand gefordert. Tatsächlich gibt es in Deutschland nur noch 6 öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ohne Depotsammlung.

Frau Dr. Montero Muth zeigt sich verwundert, dass die Vermüllung bei Glascontainern offenbar kein so großes Thema spielt wie vorhin bei den Wertstoffinseln für Elektrogeräte. Sie möchte die Einstellung der Behindertenbeauftragten zu diesem System erfahren, verbunden mit der Frage, ob die Container barrierefrei benutzbar sind.

Herr Rottmann erinnert an die lange, intensive Diskussion im Fachgremium. Für den Bürger ergibt sich zunächst eine Verschlechterung durch die Umstellung von Hol- auf Bringschuld. Allerdings bietet sich die Rücknahme von Leergut beim Einkauf neuer Flaschen an. Auch

Winzer nehmen wieder verstärkt Flaschen zurück. Knackpunkt sind allerdings die Standorte. Er möchte wissen, wie groß aktuell die Lücke noch ist.

Frau Trageser-Glaser regt an, auch mit der GBS Gespräche zu führen

Frau Fischer-Wolfert gesteht einen „norddeutschen Migrationshintergrund“, dort kennt man Glassammlung gar nicht anders. Die Angst vor der Vermüllung sei nach den dortigen Erfahrungen unbegründet.

Herr Ableiter möchte dieses neue Stadtmöbel auf keinen Fall mit abscheulicher Werbung darauf haben, wie früher bei Altkleidercontainern.

Frau Münch-Weinmann bestätigt, dass die Container barrierefrei benutzbar sind. Herr Wölle ergänzt, etwa die Hälfte der Standorte sei bisher gefunden. Die Behälter entsprechen den neuesten gesetzlichen Anforderungen, ausgestattet mit Dämmung und Fallbremsen. Da die Behälter dem Dienstleister der Dualen Systeme gehören, wird Werbung nicht vermeidbar sein. EBS hat keinen Einfluss darauf. Mögliche Kombilösungen mit Elektrogeräte-Sammeltonnen müsste man im Werkausschuss besprechen.

### **Beschluss:**

Auf Empfehlung des Werkausschusses der Entsorgungsbetriebe Speyer (EBS) beschließt der Stadtrat der Stadt Speyer einstimmig (bei 2 Enthaltungen), der Änderung der Systembeschreibung der Erfassung von Behälterglas zuzustimmen. Die neue Systembeschreibung soll dabei das aktuelle System der Sacksammlung (Holsystem) ablösen und eine farbgetrennte und damit höherwertige Erfassung an Depotcontainerstandorten (Bringsystem) ermöglichen.

39. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.03.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

---

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen**

Umbesetzungswünsche werden nicht vorgebracht

39. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.03.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

---

**Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**  
**Vorlage: 1401/2023**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

39. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.03.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18.1

---

**Gegenstand: Finanzangelegenheiten**

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Vorgang einstimmig zu (bei 1 Enthaltung: Faust – Linke).



39. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.03.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18.2

---

**Gegenstand: Finanzangelegenheiten**

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der offene Kostenbeitrag wird unbefristet niedergeschlagen.

39. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.03.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19

---

**Gegenstand: Informationen der Verwaltung**

Der Stadtrat nimmt die Informationen zur Kenntnis

39. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 09.03.2023



39. Sitzung des Stadtrates 09.03.2023 **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!